

Presseinformation

14. Januar 2026

LH Mikl-Leitner beim Industriegipfel in Ybbs

„Industrie ist das Fundament unseres Wohlstands, sie finanziert unseren Sozialstaat und ist Motor für Innovation und Fortschritt“

Am heutigen Mittwoch fand in der Lehrlingswerkstatt des Donaukraftwerks Ybbs-Persenbeug der „Industriegipfel“, veranstaltet von der Industriellenvereinigung Niederösterreich und Oberösterreich, mit Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer statt. Der Austausch über Reformen und die weitere Ausrichtung des Industriestandorts standen dabei im Fokus. Zudem wurde ein gemeinsames Industriemanifest unterzeichnet.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betonte die zentrale Bedeutung der Industrie für den Wohlstand: „Niederösterreich und Oberösterreich stehen für 43 Prozent der industriellen Wertschöpfung Österreichs und über 800.000 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt mit der Industrie verbunden sind. Die Industrie ist das Fundament tausender Familien, unseres Wohlstands, sie finanziert unseren Sozialstaat und Bildung und ist Motor für Innovation und Fortschritt.“ Angesichts des hohen Kostendrucks und eines zunehmend härteren internationalen Wettbewerbs braucht es jetzt ein klares industrie-politisches Bekenntnis. „Niederösterreich tut, was ein Land tun kann: Wir sorgen für beste Rahmenbedingungen, geben Planungssicherheit, investieren in Infrastruktur, stärken Aus- und Weiterbildung und fördern Forschung und Innovation. Gleichzeitig beschleunigen wir Verfahren und bauen Bürokratie ab, denn Zeit ist ein entscheidender Standortfaktor.“ Die Landeshauptfrau forderte zudem engagierte Maßnahmen auf Bundesebene, insbesondere bei Energie, Steuern und Abgaben sowie Bürokratie: „Die Industrie braucht einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis bis 2030, der Sicherheit und Planbarkeit gibt. Ebenso notwendig ist eine spürbare Entlastung des Faktors Arbeit. Jede Steuerdebatte schreckt Investoren ab. Darüber hinaus müsste die Bürokratie auf Bundesebene abgebaut werden. Mit Blick auf den gemeinsamen Schulterschluss unterstrich sie: „Mit dem Industriemanifest setzen Niederösterreich und Oberösterreich ein klares Signal für einen starken Produktionsstandort. Es ist ein Pakt für den Standort mit dem Ziel, Wohlstand zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und Zukunft zu gestalten. Wir tun das mit Mut, Optimismus und Zuversicht.“

Presseinformation

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer unterstrich: „Mit dem gemeinsamen Industriemanifest sagen Oberösterreich und Niederösterreich klar: Wir kämpfen für den Produktionsstandort, denn ohne starke Industrie gibt es keine sicheren Arbeitsplätze und keinen Wohlstand. Wir müssen Europa wieder in den Mittelpunkt rücken – das brauchen wir grundsätzlich. Darum zeigen wir gemeinsam, dass Industrie und Klimaschutz zusammengehen – wenn man auf Innovation setzt statt auf Verbote. Was Betriebe jetzt brauchen, sind Technologieoffenheit, leistbare Energie, weniger Bürokratie. Als Länder packen wir an, beschleunigen Verfahren, investieren in Infrastruktur und stärken gezielt die Fachkräfteausbildung. Jetzt sind auch EU und Bund gefordert, damit Produktion und Arbeitsplätze im Land bleiben. Unser Ziel ist klar: Investitionen auslösen, Wertschöpfung halten und neue Technologien nach Österreich holen. Dafür braucht es Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen über viele Jahre. Transformation gelingt nicht über Nacht, sondern mit realistischen Zeitplänen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Mit dem Industriemanifest geben wir dafür einen klaren Kurs vor und übernehmen Verantwortung. Wir stehen geschlossen hinter unseren Betrieben und ihren Beschäftigten. Denn wer Industrie stärkt, stärkt die Zukunft unseres Landes.“

Industriellenvereinigung Niederösterreich Präsident Kari Ochsner betonte die Notwendigkeit spürbarer Reformen: „Damit Unternehmen investieren und wieder wirtschaftliche Dynamik entsteht, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.“ Als konkrete Ansatzpunkte nannte er die Staatsausgaben reduzieren sowie „zwei Prozent mehr Jahresarbeitszeit, zwei Prozent längeres Verbleiben im Erwerbsleben und zwei Prozent Selbstbehalt bei Gesundheitsleistungen.“ Industriellenvereinigung Oberösterreich Präsident Thomas Bründl warnte, dass trotz Prognosen noch keine Entwarnung möglich sei: „Die Wettbewerbsfähigkeit leidet weiter unter steigenden Personal- und Energiekosten sowie wachsender steuerlicher und regulatorischer Belastung.“ Es brauche einen klaren Kurswechsel: „Reformieren statt Symptome bekämpfen, Steuern senken statt erhöhen und Simplifizieren statt Überregulieren.“

Mit dem Industriemanifest schaffen Niederösterreich und Oberösterreich eine strategische Klammer für ihre industriepolitische Zusammenarbeit. Ziel ist es, verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts zu stärken und Wertschöpfung langfristig im Land zu halten. Das Manifest bündelt dabei zentrale Stoßrichtungen der industriellen Erneuerung – von der Transformation über Innovation bis hin zu Kooperation: von schnelleren Verfahren, moderner Infrastruktur und

Presseinformation

Planungssicherheit für Unternehmen über gezielte Investitionen in Schlüsseltechnologien bis hin zur Stärkung bestehender Netzwerke zwischen Industrie, Forschung und Start-ups sowie dem engen Schulterschluss zwischen Niederösterreich und Oberösterreich.



Unterzeichneten das Industrie-Manifest (v.l.n.r.): Industriellenvereinigung OÖ Präsident Thomas Bründl, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Industriellenvereinigung NÖ Präsident Kari Ochsner.

© NLK Filzwieser

Weitere Bilder



Beim Industriegipfel (v.l.n.r.): Landeshauptmann Thomas Stelzer, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Industriellenvereinigung NÖ Präsident Kari Ochsner und Industriellenvereinigung OÖ Präsident Thomas Bründl.

© NLK Filzwieser